

# Presseinformation



## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 506.10 / 09.09.2010**

Es gilt das gesprochene Wort!

### TOP 30 – Aufnahme einer Länderklausel in das CCS-Gesetz

Dazu sagt der energiepolitische Sprecher der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Detlef Matthiessen:**

## CCS soll Kohleneubau legitimieren

Was sind die Worte eines Bundesministers wert? Wenn Umweltminister Röttgen zu-  
sagt, dass es gegen den Willen eines Bundeslandes keine Lagerung von Kohlendioxid  
auf dessen Gebiet geben wird, dann sollte das auch gelten. Im Gesetzesentwurf der  
Bundesregierung ist diese Bundeslandregelung aber nicht verankert. Das genau wäre  
aber die Aufgabe des Bundesumweltministers gewesen.

CDU und FDP verlangen in ihrem Antrag eine Länderklausel für das CCS-Gesetz. Sie  
haben aus dem Widerstand der örtlichen Bevölkerung in Nordfriesland gelernt. Mir war  
es von Anfang an ein Rätsel, wie die CDU die Stimmung vor Ort so komplett falsch ein-  
schätzen konnte. Eine Partei, die das Wort Heimat groß auf ihre Wahlplakate druckte,  
hatte offenbar keine Probleme damit, der ländlichen Bevölkerung CO<sub>2</sub> in ihre Gärten  
und Felder, ihre Heimat, zu pressen. Was für eine Blindheit gegenüber der Bevölke-  
rung, deren Interessen man vermeintlich kennt und vertritt.

CCS war der letzte Versuch der Energiekonzerne, eine Akzeptanz für den Bau von  
neuen Kohlekraftwerken zu schaffen. An das Versprechen von „clean coal“ glaubt heute  
kein vernünftiger Mensch mehr. Wir lehnen den Einsatz der CCS-Technologie für den  
Bau neuer Kohlekraftwerke ab.

Die Grüne Bundestagsfraktion schätzt den Gesetzesentwurf zu CCS als eine „Lex Vat-  
tenfall“ ein, es soll die Fata Morgana der klimafreundlichen Braunkohleverstromung in  
Brandenburg dienen und neue Tagewerke und Kohlekraftwerke rechtfertigen. In Bran-  
denburg übrigens mit einer Landesregierung aus SPD und den Linken. Unser CCS-  
Traumpaar für Braunkohle.

Längst ist klar: die CCS-Technologie wird keinen Beitrag zur Reduzierung der Emissionen aus der Stromwirtschaft leisten können, weil sie für den Klimaschutz zu spät kommt und viel zu teuer ist. Bis CCS, wenn überhaupt, großtechnisch zur Verfügung steht, sind die erneuerbaren Energien längst die kostengünstigeren Alternativen für eine klima- und umweltfreundliche Stromversorgung.

CDU und FDP haben im Koalitionsvertrag vereinbart, sich dafür zu verwenden, dass gesetzlich eine dauerhafte unterirdische Speicherung von CO<sub>2</sub> auf Landesgebiet ausgeschlossen wird. Der Bürgerprotest hat das Umdenken bewirkt. Von alleine wären CDU und FDP nicht darauf gekommen. Am 15. Mai 2009 erklärte der damalige Umweltminister Dr. von Boetticher, dass sich Schleswig-Holstein im Bundesrat für die CCS-Technologie einsetzt. CCS sei für den Klimaschutz unerlässlich und unverzichtbar. Der damalige stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, die es möglicherweise in zwei Jahren gar nicht mehr gibt, also Dr. Heiner Garg, erklärte am 28. Januar 2009, die CCS-Technologie sei eine Zukunftsinvestition. So schnell kann die Zukunft schwarze Vergangenheit sein.

Die jetzige Aufregung in Nordfriesland ist völlig nachvollziehbar, denn CDU und FDP haben jegliches Vertrauen in der CCS-Frage verspielt. Und das dämliche Beispiel der Kanzlerin mit dem Öffnen einer Brauseflasche hat bei den Menschen nur Kopfschütteln ausgelöst. Nur wenn CDU und FDP auf den Bau neuer Kohlekraftwerke verzichten und voll auf die erneuerbaren Energien setzten, wäre ihr CCS-Kurs vermittelbar. Als Kohleparteien haben sie keine Chance.

\*\*\*